

## Tornado: Private Bilder fürs Stadtarchiv

**Paderborn.** Nach dem verheerenden Tornado vom 20. Mai können Bürgerinnen und Bürger in Paderborn ihre privaten digitalen Videos und Fotos im Kreis- und Stadtarchiv lagern und so für sich und die Nachwelt sichern. Das Ereignis werde „in das kollektive Gedächtnis der Stadt eingehen“, teilte die Stadt Paderborn mit – und bietet daher einen besonderen Service an.

Etliche Paderbornerinnen und Paderborner hätten Fotos und Filme gemacht, „von den Schäden an ihrem Haus und ihrer Wohnung, von den Aufräumarbeiten“ oder den „Reparaturarbeiten im Laufe der kommenden Wochen und Monate“. Meist würden diese Aufnahmen mit dem Smartphone gemacht und drohten spätestens mit dem neuen Handy verloren zu gehen, so die Stadt: „Damit nicht auch die visuellen Eindrücke des Paderborner Tornados dem digitalen Alzheimer anheimfallen, bietet das Stadt- und Kreisarchiv an, alle Fotos zu übernehmen, zu bewerten und eine fundierte Auswahl für künftige Generationen zu sichern.“ *dpa*

## Waffenarsenal in Wohnung entdeckt

**Unna.** In der Wohnung eines Verstorbenen in Unna sind Waffen und Munition in großen Mengen entdeckt worden. Der Kampfmittelräumdienst habe am Dienstag zunächst Kriegswaffen und Kriegsmunition sichergestellt, berichtete eine Polizeisprecherin am Mittwoch.

Bewohner von drei umliegenden Häusern waren zuvor evakuiert, der Straßbereich gesperrt worden. Nicht nur in der Wohnung des Verstorbenen, auch in Keller und Garage seien die Experten auf Pistolen, Waffenteile oder auch Patronenhülsen gestoßen. Die Wohnungsbaugesellschaft hatte die Polizei alarmiert, sie hatte die Zimmer nach dem Tod des Bewohners räumen wollen. *dpa*

### Zahl des Tages

# 20

**Kilogramm Kokain** haben Zollbeamte auf der Autobahn 40 bei einer Routinekontrolle entdeckt und so einen mutmaßlichen Drogenschmuggler gefasst. Der 52 Jahre alte Mann hatte die Pakete mit Kokain bei der Einreise aus den Niederlanden am 23. Mai unter der Bodenplatte im Kofferraum versteckt. „Die sichergestellte Menge Rauschgift hätte auf dem Schwarzmarkt einen Erlös von weit über einer Million Euro erzielt“, sagte Stephanie Imhof, Leiterin des zuständigen Hauptzollamts Duisburg.

## Radfahrerin stirbt an Bahnübergang

**Hamminkeln.** Eine Radfahrerin ist in Hamminkeln von einem Zug erfasst worden und gestorben. Die 44-Jährige überquerte am Dienstagabend einen Bahnübergang im Kreis Wesel an der Bahnstrecke Wesel-Bocholt und übersah dabei einen Zug, wie die Polizei in der Nacht zu Mittwoch mitteilte. Daraufhin kam es zum Zusammenprall. Die Fahrgäste im Zug blieben unverletzt.

Die Bahnstrecke wurde für die Dauer der Unfallaufnahme gesperrt. *dpa*

# Stromanbieter in der Kritik

Drastisch erhöhte Abschläge, Verbraucher-Beschwerden über die Primaholding häufen sich

**Daniel Cnotka**

**An Rhein und Ruhr.** Zwischen dem ersten freundlichen Anruf eines Callcenter-Mitarbeiters und der Schlussrechnung des Stromanbieters liegen mehr als sechs Monate, ein rund zwei Zentimeter dicker Papierstapel und jede Menge Ärger. Einer Leserin aus Essen, die ungenannt bleiben möchte, geht es dabei offenbar wie tausenden anderen Kunden der Firma Primaholding (Primastrom, Voxenergie, Paketsparer). Sie beklagen massive Erhöhungen der monatlichen Abschlagszahlungen für den Strom. Bei unserer Leserin waren es um die 70 Prozent, in anderen Fällen ist von bis zu 150 Prozent Erhöhung die Rede.

Seit gut einem halben Jahr würden sich die Fälle häufen, sagt Holger Schneidewindt von der Verbraucherzentrale NRW. Mehr als ein Drittel der Beschwerden über die insgesamt bundesweit 1000 agierenden Stromanbieter würden auf die Primaholding entfallen. Und es gebe immer neue Tricks. „Es geht dabei um unzulässige Erhöhung von Preisen, intransparente Schreiben und eben auch um drastische Erhöhung von Abschlagssummen“, sagt Schneidewindt. Die Verbraucherzentralen bieten Rechtsberatung gegen Gebühren an.



Wichtig ist es, stets den unstrittigen Betrag zu bezahlen und nicht in Verzug zu geraten.

**Dr. Matthias Moeschler,**  
Verbraucherschützer

Matthias Moeschler geht seit dem Jahr 2016 gegen das Gebaren von Stromanbietern vor. Damals war der aus Bergisch-Gladbach stammende Projektentwickler laut eigener Aussage selbst Opfer eines verbrecherisch agierenden Stromanbieters geworden. Inzwischen hilft er über seine Plattform [www.verbraucherhilfe-stromanbieter.de](http://www.verbraucherhilfe-stromanbieter.de) kostenlos Betroffenen im Kampf gegen unseriöse Anbieter. Die Verträge der Stromanbieter würden



Die Beschwerden über ungerechtfertigte Preissteigerungen bei einigen Stromanbietern nehmen zu. *DPA*

Preisgarantien enthalten, Abschläge zu verdreifachen sei in keiner Weise zulässig.

„Die Unternehmen schicken zwar allerlei Tabellen mit, so recht ausrechnen lässt sich darin die Erhöhung aber nicht. Im Text steht zudem in der Regel nichts Näheres dazu“, erklärt der 38-Jährige. Allgemeine Kosten wie Steuern dürften Anbieter an Kunden weitergeben, eigene Kosten aber nicht. Dass plötzlich statt vertraglich vereinbarten 148 Euro Abschlag 223 Euro abgebucht würden und dass, obwohl in diesem Fall unsere Leserin die Einzugsermächtigung zurückgenommen habe, sei keinesfalls rechtens. Moeschler rät, Widerspruch einzulegen.

Auf der Seite seines Portals hat er dazu Musterschreiben hinterlegt. Moeschler sagt: „Der Widerspruch sollte dann per E-Mail und auch auf jeden Fall per Einschreiben an das Unternehmen geschickt werden. Sollte die Firma innerhalb von vier Wochen nicht reagieren, gilt es, die Schlichtungsstelle-Energie einzuschalten. Wichtig ist dabei: Nicht mit den Zahlungen in Verzug geraten. Das, was einst fixiert worden war, ist jeden Monat zu überweisen.“

Die unabhängige und neutrale Schlichtungsstelle Energie wird getragen vom Verbraucherzentrale Bundesverband und den Verbänden der Energiewirtschaft. Laut deren Geschäftsführer Thomas Kunde hat sich die Zahl der Schlichtungsanträge im vergangenen Jahr dramatisch erhöht. „Im Durchschnitt bearbeiten wir 4500 Fälle

pro Jahr, 2021 waren es 7700 und im laufenden Jahr sind es bereits 9000.“

Die Schlichtungsstelle behandle vertraulich konkrete Einzelfälle, Namen von Betroffenen oder von Stromanbietern dürfe er nicht nennen, sagt Kunde. Aktuell befasse sich die Institution vermehrt mit intransparent formulierten Preiserhöhungen und eben auch mit erhöhten Abschlagszahlungen. Zwischen 75 und 80 Prozent der Einigungsvorschläge würden letztlich vom Stromkunden und Unternehmen angenommen.

### Bundesnetzagentur reagiert

Nicht unüblich dabei ist der Vorschlag, das Vertragsverhältnis zu beenden und zu den anfangs vereinbarten Konditionen eine Schlussrechnung zu stellen. Übrigens: Sämtliche Kosten des Schlichtungsverfahrens, die mehrere hundert Euro betragen können, trägt der Stromanbieter.

Matthias Moeschler spricht offen von einer Masche der Stromanbieter, die darauf setzen, dass sich das Gros der Opfer nicht wehren würde. Man müsse zur Not eben immer wieder Einsprüche formulieren und es aushalten können, dass Mahnungen ins Haus flatterten.

Inzwischen sind offenbar auch die Behörden auf Primastrom und Voxenergie aufmerksam geworden, die Bundesnetzagentur hat am 24. Mai Aufsichtsverfahren eingeleitet. Laut Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, wird nun geprüft, ob die beiden Firmen Preis-

erhöhungen vorgenommen haben, ohne die gesetzlich vorgesehenen Ankündigungsfristen einzuhalten.

„Auch in Phasen einer angespannten Marktsituation müssen sich die Verbraucher darauf verlassen können, dass sie rechtzeitig über Vertragsänderungen informiert werden“, so Müller. Konkret geht es in dem Verfahren darum, dass die Unternehmen am 28. Dezember 2021 Ankündigungsschreiben zur Erhöhung der vereinbarten Preise verschickten. Die höheren Preise sollten bereits ab dem 1. Januar gelten. Gesetzlich vorgeschrieben ist, dass Haushaltskunden spätestens einen Monat und alle übrigen Letztverbraucher spätestens zwei Wochen vor Eintritt der beabsichtigten Änderung unterrichtet werden. Kunden haben im Falle einer Preiserhöhung ein Sonderkündigungsrecht.

Die Bundesnetzagentur kann aufsichtsrechtliche Schritte einleiten, wenn der Verdacht besteht, dass Energieunternehmen gegen das Energiewirtschaftsgesetz verstoßen. Sie kann das rechtswidrige Verhalten untersagen.

Verbraucherschützer wie Holger Schneidewindt und Matthias Moeschler begrüßen den Vorstoß der Netzagentur. Zwar könne man den Ausgang nicht voraussagen, „dass genau hingeschaut wird, tangiert die Firmen aber mit Sicherheit“, so Schneidewindt.

Unsere Leserin hat den Stromanbieter inzwischen gewechselt. Primastrom ließ eine Anfrage der Redaktion unbeantwortet.

## SPD will keine Fortsetzung von Flutauschuss

Mindestens ein Fünftel aller Abgeordneten müsste ihn beantragen

**Düsseldorf.** Der Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen steht vor dem Ende. Die SPD im Landtag will den U-Ausschuss nicht verlängern. Eine Fortsetzung sei nicht geplant, sagte der SPD-Abgeordnete André Stinka am Mittwoch auf Anfrage. Die Erkenntnisse aus der vergangenen Legislaturperiode hätten die Versäumnisse der CDU/FDP-Landesregierung bereits „umfassend offengelegt“.

Ein Untersuchungsausschuss muss von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten beantragt werden. Das sind im neuen Landtag 39 der 195 Parlamentarier. Sowohl die SPD als auch Grüne und CDU könnten den Ausschuss im Alleingang beantragen. Ein entsprechender Antrag stand am Mittwoch nicht auf der Tagesordnung für die konstituierende Sitzung des neuen Landtags. In der CDU-Fraktion hieß es, die Aussage der SPD sei zur Kenntnis genommen worden. Bei den Grünen hieß es, zu dem Thema gebe es in der Fraktion noch keine finale Haltung. CDU und Grüne verhandeln seit Dienstag über die Bildung einer Regierungskoalition.

Unwetter mit ungewöhnlich starken Regenfällen hatten Mitte Juli 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine Hochwasserkatastrophe ausgelöst. Ganze Landstriche wurden von den Wassermassen verwüstet. In NRW starben 49 Menschen, die Schäden werden auf etwa 13 Milliarden Euro beziffert.

Anfang April hatte der U-Ausschuss zur Aufarbeitung der Flutkatastrophe noch einen Zwischenbericht vorgelegt. Wenige Wochen vor der Landtagswahl war die damalige Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) wegen eines Mallorca-Aufenthalts während der Flutkatastrophe zurückgetreten. *dpa*



Das Unwetter im Juli 2021 hatte in NRW schwere Schäden angerichtet. *MARIUS BECKER / DPA*

# Klinikstreik: Verdi sieht Arbeitgeber in der Pflicht

Gewerkschaft nennt Fortschritte bei Gesprächen „enttäuschend“. Ein Angebot der Gegenseite wird erst für den 9. Juni erwartet

**Essen.** Sie nennt nur ihren Vornamen: Desiree, eine junge Frau aus dem Kölner Raum, die von dem seit einem Monat andauernden Streik an den sechs Unikliniken im Land in besonderem Maß betroffen ist. Sie habe zwei Hirntumore, die operativ entfernt werden müssen, berichtet die Mutter eines vierjährigen Mädchens. Drei Stunden vor der geplanten OP sei diese abgesagt worden – wegen des Streiks. „Ich war am Boden zerstört“, sagt die Frau.

Dass sie wenige Tage später auf einem Podium der Gewerkschaft Verdi NRW in Köln direkt neben streikenden Beschäftigten sitzt, ist für sie kein Widerspruch: Sie könne nicht glauben, dass bereits seit vier

Wochen gestreikt werde und „kein Dialog“ mit den Arbeitgebern stattfinde, sagt die Krebspatientin und mahnt Tempo an: „Wir alle können Patienten werden.“

Seit Mai streiken Beschäftigte für einen „Tarifvertrag Entlastung“ – darunter Pflegekräfte, Servicekräfte und Fahrdienste. Sie fordern bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Nach vier Gesprächsrunden kritisiert Verdi-Landeschefin Gabriele Schmidt den Fortschritt als „enttäuschend“. Es sei höchste Zeit, dass die Gegenseite ein Angebot vorlege. Das erwartet Verdi erst für den 9. Juni. Die Gewerkschaft hatte immer wieder betont, der Streik dauere so lange an, bis es ein

fares Verhandlungsergebnis gebe.

Vorwürfe, dass die Patientenversorgung gefährdet werde, weist Schmidt vehement zurück: „Wir gefährden keine Patienten, der normale Alltag gefährdet Patienten.“ Mit allen Kliniken seien Notfallver-



Wird auch bestreikt: die Uniklinik Essen. *FABIAN STRAUCH // FFS*

einbarungen geschlossen worden. Jeden Morgen werde über Personal verhandelt und auch Streikende zurück an die Arbeit geschickt.

Zu den Forderungen gehören Personalmindestgrenzen für verschiedenste Bereiche. So soll sich in einer Uniklinik-Betriebskita eine Fachkraft nicht mehr um 25, sondern maximal um fünf Kinder über drei Jahren kümmern. Und im Kreißaal brauche es eine Eins-zu-eins-Betreuung durch Hebammen für die gebärenden Mütter.

Die Unikliniken stecken derweil in einem Dilemma. Bislang dürfen sie offiziell nicht über einen Tarifvertrag verhandeln. Zuständig ist nach Lesart der bisherigen Landes-

regierung die Tarifgemeinschaft der Länder, in der die Unikliniken als Einrichtungen des Landes Mitglieder sind. Damit sie austreten können und selbst verhandeln dürfen, muss der Landtag das Hochschulgesetz ändern. Allerdings: Auf der Tagesordnung des neuen Parlaments könnte das erst Ende Juni stehen – kurz vor der Sommerpause. Dass die Gesetzesänderung dann beraten und auch verabschiedet wird, wäre äußerst ungewöhnlich. Verdi sieht darin keinen Grund gegen Verhandlungen. Landesleiterin Schmidt betonte, die Landesregierung habe die Unikliniken ja bereits bevollmächtigt, mit der Gewerkschaft zu sprechen. *stew*